



Kassel, 28. April 2023 | Ausgabe Nr. 128

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

der demografische Wandel führt in Deutschland zu einem Mangel an Fach- und Arbeitskräften in vielen Bereichen. Fehlendes Personal droht zur Wachstumsbremse Nummer eins zu werden. Die Koalition hat darauf reagiert und im Oktober 2022 eine Fachkräftestrategie vorgelegt. Kern der Strategie ist inländische Potenziale auf dem Arbeitsmarkt durch bessere Aus- und Weiterbildung zu heben sowie Hürden bei der Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland zu beseitigen. Wir wollen kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen. Gleichzeitig wollen wir junge Menschen bei der Ausbildung und Beschäftigte bei

notwendigen Weiterbildungen stärker unterstützen. In dieser Woche berieten wir zwei Gesetzentwürfe, mit denen wir diese beiden Baustellen anpacken: das Aus- und Weiterbildungsgesetz sowie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Helfen und entlasten

Für viele Menschen sind die hohen Preise für Energie und Lebensmittel eine große Herausforderung. Besonders Menschen mit geringem Einkommen leiden unter der Inflation, denn sie müssen anteilig mehr für Grundnahrungsmittel und Energie ausgeben. Deshalb hat die Koalition in den

vergangenen Monaten zahlreiche Entlastungen für die Bürger*innen durchgesetzt. Wir haben die Gas- und Strompreise reduziert, Direktzahlungen durchgesetzt, Hartz IV durch das Bürgergeld ersetzt und das Wohngeld massiv ausgebaut. Das alles gemeinsam mit

den Gewerkschaften, die am 1. Mai wieder zu Kundgebungen am Tag der Arbeit aufrufen. Wir sind solidarisch mit den streikenden Beschäftigten, die ihr gutes Recht einfordern. Neben den Tariflöhnen werden auch der Mindestlohn und die Renten steigen müssen, um Kaufkraftverluste angemessen auszugleichen.

Lage im Sudan

In diesen Tagen schauen wir mit Sorge in den Sudan nach Ostafrika. Seit Mitte April herrscht dort ein Machtkampf zwischen der sudanesischen Armee und einer paramilitärischen Gruppe, der bereits mehrere Hunderte Tote und Verletzte gefordert hat, darunter zahlreiche Zivilist*innen. Auch internationale Hilfsorganisationen und diplomatische Liegenschaften wurden landesweit angegriffen. Gemeinsam mit anderen Staaten evakuiert Deutschland deshalb seit einigen Tagen deutsche Staatangehörige und Personen aus anderen Ländern und bringt sie in Sicherheit. Dafür gebührt den Soldat*innen der Bundeswehr großer Dank. In dieser Woche beschloss der Bundestag nachträglich ein entsprechendes Bundeswehrmandat. Eine vorherige Befassung hätte die Evakuierung verzögert und das Leben vieler Menschen gefährdet.

Euer



Meine Rede im Bundestag

... zur Wärmewende | Donnerstag, 27. April 2023



Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes

Wir sichern Fachkräfte für die Zukunft

Die Zahl der offenen Stellen ist auf einem Höchststand, auch Ausbildungsstellen können oftmals nicht besetzt werden. Dies gehen wir nun an: Mit einem neuen Einwanderungsrecht wollen wir allen Menschen eine Zukunft in Deutschland bieten, die ausreichend beruflich qualifiziert oder erfahren sind oder weitere wertvolle Potentiale mitbringen. Damit eröffnen wir künftig Menschen aus Ländern außerhalb der EU wesentlich mehr Möglichkeiten, hier zu arbeiten. EU-Bürger*innen können schon seit langem in Deutschland leben und arbeiten.

Künftig soll die Erwerbseinwanderung auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial:

1 Fachkräfte | Qualifikation

Wer einen in Deutschland anerkannten Abschluss hat, kann heute schon als Fachkraft kommen. Künftig können die Fachkräfte jede qualifizierte Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen ausüben, unabhängig von ihrem Abschluss. Auch Bildungsmigration soll gestärkt werden, indem die Berufsausbildung und Studieren in Deutschland noch attraktiver gemacht wird.

2 Erfahrung

Künftig kann auch nach Deutschland einwandern, wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung, eine berufliche Qualifikation und einen Verdienst über einer bestimmten Gehaltsschwelle oder die Geltung eines Tarifvertrages vorweisen kann. Der Abschluss muss also künftig nicht mehr formal in Deutschland anerkannt sein. Wer weiterhin eine Anerkennung des ausländischen Abschlusses benötigt, kann auch im Rahmen einer Anerkennungspartnerschaft mit dem Arbeitgebenden bereits in Deutschland arbeiten, vor Ort Deutschkenntnisse vertiefen und parallel das berufliche Anerkennungsverfahren betreiben.

3 Potenzial

Es wird eine Chancenkarte eingeführt, mit der auch Menschen ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland kommen können. Sie basiert auf einem Punktesystem, bei dem unter anderem Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Voraufenthalte, Alter und mitziehende Partner*innen berücksichtigt werden. Wer einen in Deutschland anerkannten Abschluss hat, erhält die Chancenkarte auch. Die Chancenkarte erleichtert die Suche nach einem Arbeitsplatz deutlich und ermöglicht auch Probearbeiten und Nebentätigkeiten.

**Neue Fachkräfte
braucht das Land!**

Mehr rausholen!
*Wer sich qualifizieren will,
wird besser gefördert.*

Mehr reinholen!
*Wer qualifiziert ist,
kann einfacher einwandern.*

Bei akutem Arbeitskräftemangel soll zusätzlich in Bereichen ohne spezielle Qualifikationsanforderungen ein Weg in eine kurzzeitige Beschäftigung geöffnet werden. Tarifbindung und eine Sozialversicherungspflicht sollen für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sorgen. Die Westbalkanregelung, die Angehörigen dieser Staaten einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt unabhängig von einer Qualifikation ermöglicht, wird entfristet und das jährliche Kontingent von 25.000 auf 50.000 Personen erhöht.

Darüber hinaus bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums. Die Regelungen sollen gestaffelt, größtenteils aber spätestens neun Monate nach Verkündung, in Kraft treten. Mit dieser Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes – dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – bieten wir in dieser Woche in erster Lesung über eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit.

Weiterbildungsgesetz

Aus- und Weiterbildung stärken

Mit dem Weiterbildungsgesetz, das wir ab dieser Woche im Bundestag beraten, gehen wir einen großen Schritt in Richtung Weiterbildungsrepublik. Denn für viele Betriebe stellt der Fachkräftemangel aktuell eine große Herausforderung dar. Hinzu kommt der Umbau der Industrie hin zur Klimaneutralität, der für viele Branchen Veränderungen mit sich bringt. Auch der Arbeitsmarkt verändert sich: neue Berufe entstehen, andere Qualifikationen sind gefragt. Deshalb werden wir das Aus- und Weiterbildungssystem fit für die Zukunft machen.

Ausbildung

Konkret ist geplant, junge Menschen besser bei der Suche und Aufnahme einer Ausbildung zu unterstützen. So sollen kurze Berufsorientierungspraktika in Ausbildungsbetrieben gefördert werden, in denen junge Menschen sich praktisch erproben können und im besten Fall noch im selben Jahr eine betriebliche Ausbildung aufnehmen.

Fahrkosten können übernommen werden. Wenn junge Menschen eine Ausbildung in einer anderen Region beginnen, können sie zudem einen Mobilitätszuschuss für eine monatliche Familienheimfahrt erhalten. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet und in einer Region mit zu wenig Ausbildungsplätzen wohnt, hat Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung.

Weiterbildung

Darüber hinaus wird die Weiterbildungsförderung von Beschäftigten vereinfacht und weiterentwickelt. Die nach Betriebsgröße gestaffelten Fördersätze der Lehrgangskosten und Arbeitsentgeltzuschüsse werden auf die maximale Förderhöhe festgeschrieben.

Weiterbildungsförderung steht künftig allen Unternehmen offen. Mit dem Qualifizierungsgeld wird ein neues Instrument zur Bewältigung des Strukturwandels eingeführt. Zielgruppe sind Beschäftigte, denen durch den Strukturwandel der Verlust ihrer Arbeitsplätze droht, Weiterbildung jedoch eine zukunftssichere Beschäftigung im selben Unternehmen ermöglichen kann.

Qualifizierungsgeld

Während der Weiterbildung tragen die Betriebe die Weiterbildungskosten, die Beschäftigten erhalten das Qualifizierungsgeld als Lohnersatzleistung – das so hoch ist wie das Kurzarbeitergeld (60 Prozent des Nettoentgelts beziehungsweise 67 Prozent, wenn Kinder im Haushalt leben).

Voraussetzung für das Qualifizierungsgeld ist, dass ein erheblicher Teil der Be-

schäftigten strukturwandelbedingten Qualifizierungsbedarf hat sowie eine entsprechende Betriebsvereinbarung oder ein entsprechender betriebsbezogener Tarifvertrag. Bei Kleinstbetrieben reicht eine schriftliche Erklärung der Arbeitgebenden.

Im Gesetz ist zudem geregelt, dass Unternehmen weiterhin Sozialversicherungsbeiträge hälftig erstattet bekommen können, wenn ihre Angestellten sich während der Kurzarbeit beruflich weiterbilden – und zwar bis zum 31. Juli 2024. Zudem können die Lehrgangskosten vollständig oder teilweise erstattet werden.



1. Mai – Tag der Arbeit

#GeMA1nsam für gute Arbeit und faire Löhne

Unter dem Motto „Ungebrochen solidarisch“ rufen die Gewerkschaften zum Tag der Arbeit zu Demos auf. Für bessere Löhne auf die Straße zu gehen, ist aktueller denn je. Für viele Menschen sind die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel tagtäglich eine große Herausforderung. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Lohnforderungen und die Streiks sind gerechtfertigt, denn wer höhere Ausgaben hat, braucht auch mehr Geld. Wir erwarten deshalb von der Mindestlohnkommission eine klare Empfehlung für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die kräftige Rentenerhöhung diesen Sommer.



„#GeMA1nsam geht es besser“

Die SPD begleitet den Tag der Arbeit mit einer Kampagne unter dem Titel „#GeMA1nsam geht es besser“. Denn gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir erfolgreich für die Gas- und Strompreisbremse gekämpft und Direktzahlungen an Beschäftigte, Rentner*innen und Studierende durchgesetzt. Hartz IV haben wir durch das Bürgergeld ersetzt, das Wohngeld ausgebaut, Mindestlohn und Kindergeld erhöht. Richtig so! Wir stehen an der Seite von Menschen mit kleinem Portemonnaie und wollen, dass sie sicher durch die Krise kommen.

Klimaschutz und gute Arbeit

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, muss unsere Wirtschaft schnell klimaneutral werden. Der Umbau der Industrie darf aber nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Klimaschutz und gute Arbeit schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Wenn die Betriebe konsequent auf nachhaltige Produktion setzen, lassen sich unsere Klimaziele erreichen und Arbeitsplätze sichern. Mitbestimmung, Weiterbildung, mehr Tarifbindung – wir sorgen dabei für die richtigen Rahmenbedingungen.

Meine Stationen am 1. Mai

Bei meiner Tour am Tag der Arbeit werde ich gemeinsam mit vielen anderen ein sichtbares Zeichen für ein solidarisches Miteinander – auch in unruhigen Zeiten – und eine gerechte, solidarische Zukunft setzen.

Zum Beispiel bei der großen DGB-Demo (ab Philipp-Scheidemann-Haus) und -Kundgebung des DGB auf dem Königsplatz sowie meinen weiteren Besuchen von „1. Mai“-Veranstaltungen in meinem Wahlkreis – in Fuldaabrück und Ahnatal.

Hier bin ich am 1. Mai

- 🕒 10:00 Uhr >> DGB-Demo | ab Philipp-Scheidemann-Haus (Kassel)
- 🕒 10:30 Uhr >> DGB-Kundgebung | Königsplatz (Kassel)
- 🕒 11:00 Uhr >> „1. Mai“-Veranstaltung der SPD-Fuldaabrück | Grillhütte Dennhausen/Dittershausen
- 🕒 12:30 Uhr >> „1. Mai“-Kinder- & Familienfest der SPD-Ahnatal | Tanzeplatz in Heckershausen



Pflegeversicherung

Leistungsanpassungen und weniger Eigenanteile in der Pflege

Auf die steigenden Kosten in der stationären und ambulanten Pflege reagieren wir, indem wir die Pflegeversicherung finanziell stabilisieren und zugleich Leistungen anpassen. Wir entlasten pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und schaffen die Voraussetzungen für mehr Pflegepersonal. Den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Erhöhung von Pflegegeld und -sachleistungen ab 2024

Konkret ist vorgesehen, das Pflegegeld sowie die Pflege-sachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann erneut um fünf Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld pro Jahr für bis zu zehn Arbeitstage in Anspruch nehmen. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden.

Häusliche Versorgung

Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für Verbesserungen in der häuslichen Versorgung ein, da die Steigerung der Pflegekosten in den letzten Jahren diesen Bereich härter getroffen hat. Anders als in der stationären Pflege gibt es hier keine Eigenanteilsbegrenzung. Derzeit werden 85 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Sie und ihre Angehörigen benötigen mehr Unterstützung, damit diese wichtige Säule in der Versorgung nicht wegbricht.

Stationäre Pflege

In der stationären Pflege wird das sogenannte Personal-

bemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt. Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von insgesamt etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Beitragssätze

Um die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2022 muss der Beitragssatz nach Kinderzahl differenziert werden. Dies setzen wir nun um. Ab dem zweiten Kind sinkt der reguläre Beitragssatz je Kind um 0,25 Prozentpunkte, bis diese 25 Jahre alt sind. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt dann nur noch 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.





Lage im Sudan

Evakuierungen durch die Bundeswehr

Nach dem Militärputsch im Oktober 2021 droht im Sudan nun ein Staatszerfall. Seit über einer Woche liefern sich dort die sudanesischc Armee und die paramilitärische Gruppe „Rapid Support Forces“ (RSF) einen Machtkampf.

Hunderte Menschen wurden bereits getötet und weitere Tausende verletzt. Auch internationale Hilfsorganisationen und diplomatische Liegenschaften wurden landesweit angegriffen. Seit einigen Tagen führt die Bundeswehr deshalb von Jordanien aus Evakuierungsflüge durch, um deutsche und europäische Bürger*innen und weitere berechnigte Personen in Sicherheit zu bringen.

In dieser Woche hat der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung nachträglich ein entsprechendes Bundeswehrmandat beschlossen. Die Eilbedürftigkeit des Einsatzes ließ eine vorherige Mandatierung nicht zu. Sie hätte die Evakuierung verzögert und damit das Leben vieler Menschen gefährdet. Das Mandat umfasst eine Obergrenze von 1.600 Soldat*innen und ist bis zum 31. Mai 2023 befristet.

Grafik © Bampixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

fb.com/TimonGremmels

instagram.com/gremmels

twitter.com/Timon_Gremmels

linkedin.com/in/timon-gremmels

Mein Praktikum im Berliner Büro – Marius Scherf

Mysterium Bundestag?

Jeden Tag in den Bundestag ein und aus gehen dürfen, sehen und erleben, wie dieses abstrakte Wort Politik sich mit Leben füllt: Das durfte ich als Praktikant bei Timon Gremmels in den Monaten März und April.

Mein Name ist Marius Scherf, ich bin 24 Jahre alt und befinde mich mitten im Studium der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Tja, und wo kann man ein manchmal doch sehr theoretisches Fach am besten mit Leben füllen? Die Entscheidung lag nahe, es in Bundestag und bei dem Abgeordneten zu versuchen, der als SPD-Bundestagabgeordneter meinen Heimatwahlkreis Fulda betreut.

Zwei Monate durfte ich nun Timon bei seiner Arbeit in Berlin begleiten und feststellen: Bundestag, das ist zwischen Ablage, Telefonaten und E-Mails mehr als nur ein Bürojob.

Anfragen, Empfänge, Besuchendengruppen, Bürger*innenbriefe, die beantwortet werden wollen, und Reden, die vorbereitet werden müssen – so viele Termine stehen in einer Sitzungswoche an. Und ständig ist man unter und mit Leuten. Leben im Elfenbeinturm: Fehl-anzeige.

Schon steht der nächste Punkt auf der Tagesordnung: Fahrt ins Fernsehstudio zu einem Talkshow-Auftritt. Die Abfahrt verzögert sich. King Charles ist zu Besuch in der Hauptstadt. Die Straßen alle abgesperrt. Mit der S-Bahn kommen wir dann doch pünktlich an. Im Studio: SPD vs. CDU – aktuelle Bundespolitische Themen werden runterdiskutiert.

Wer jetzt denkt, dass das alles nur Kulisse ist – wieder falsch gedacht. Denn der Bundestag ist ein Arbeitsparlament. Im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, in dem Timon Mitglied ist, wird mitunter genauso leidenschaftlich diskutiert wie in einer Talkshow. Nur geht es hier um handfeste Entscheidungen, Expert*innen werden gehört und dazwischen

werden noch Papiere erarbeitet und Arbeitskreis gebildet. Ganz am Ende muss der Bundestag entscheiden.

Doch vor der Abstimmung bleibt manchmal noch Zeit für ein Mittagessen. Und auch hier macht der Bundestag keine Pause: In der großen Kantine direkt am Ufer der Spree vermischen sich die Stimmen zu einem großen Ganzen. Ins Reichstagsgebäude geht es dann unterirdisch, denn die

meisten Bürogebäude um das historische Gebäude sind miteinander verbunden. Ein gigantisches Netz aus Fluren, Hallen und Büros. Da kann es in der Anfangszeit auch schon mal vorkommen, dass man sich verläuft.

Eines kann man sich aber sicher sein: Zumindest ein prominentes Gesicht kommt sicher des Weges. Und treffen durfte ich sie auch – etwa im Rahmen des Praktikantenprogrammes der SPD-Bundestagsfraktion. Sowohl Regierungssprecher Steffen Hebestreit als auch der jüngsten Abgeordneten Emily Vontz durften alle Fragen gestellt werden, die einem so in den Sinn kamen.

Die meisten Fragen zu beantworten, hatte aber sicher Timon selbst, den ich täglich beim „Politik-Machen“ begleiten durfte – für seine Wahlkreis und viele Menschen mehr in

Deutschland. Nach zwei Monaten Bundestag bleibt bei mir das Gefühl: Trotz unterschiedlicher Auffassungen über den richtigen Weg, versuchen hier täglich Menschen wie Sie und ich, nach besten Wissen und Gewissen Deutschland ein Stück weiter nach vorne zu bringen. So kann ich beruhigt in mein Studium zurückkehren und ab Juni Timon als studentischen Mitarbeiter weiter in Berlin unterstützen.



Außenstelle der Bundesnetzagentur in Kassel

Bundesweiter Modellcharakter

Die Beschäftigten der Außenstelle Kassel der Bundesnetzagentur (BNetzA) haben sich Anfang des Jahres an mich als örtlichen Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur aus Sorge um ihre Arbeitsplätze in Kassel gewandt. Ich freue mich, dass es nun gelungen ist, eine gute und modere Lösung zu finden.

Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten war die Bundesnetzagentur gehalten, für den Standort Kassel und die dort tätigen sieben Beschäftigten nach Alternativen zu suchen. Die in die Überlegungen eingebundene Bundesanstalt für Immobilienmanagement (BIMA) hatte die alte, viel zu große Liegenschaft voreilig gekündigt und damit Unruhe bei den Beschäftigten ausgelöst. Die ursprüngliche Planung war, die Arbeitsplätze nach Göttingen zu verlagern.

Auf meine Initiative hin hat sich die BNetzA Gedanken um Alternativen im Sinne der Beschäftigten gemacht. Bei der Suche nach Lösungen wurde – nur wenige hundert Meter von der alten Liegenschaft in Kassel entfernt – ein Co-Working-Space gefunden, der sehr günstig Räumlichkeiten für

erforderliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Diese sollen angemietet werden und ermöglichen eine kostengünstige Aufrechterhaltung der Präsenz der BNetzA am Standort Kassel. Einsparungen von rund 100.000 € sind zu erwarten.

Am derzeitigen Kasseler Standort sind die Angestellten in einer von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) angemieteten Liegenschaft in der Karthäuser Straße tätig. Diese hat die BImA zum 31. August 2023 gekündigt, sodass die sieben in Kassel tätigen Beschäftigten ab dem 1. September 2023 neue Arbeitsräume benötigen.

Mit dem alternativen Arbeitsmodell eines Co-Working-Space betritt die BNetzA Neuland. Der Präsident der BNetzA, Klaus Müller, hat mir mitgeteilt, dass dies ein mögliches, zukunftsträchtiges Modell für weitere Standorte sei. Zum einen aus wirtschaftlichen Aspekten, um dem gesunkenen Bedarf an Büroflächen durch den Einsatz flexibler Arbeitsformen auszugleichen. Zum anderen, um dem sozialen Anspruch der BNetzA gerecht werden zu können.

Toll, dass Kassel hier unter meiner Mitwirkung in Abstimmung mit den Beschäftigten nun ein Standort mit bundesweiten Modellcharakter geworden ist!





KURZ NOTIERT

Rechte von Verbraucher*innen stärken

Die EU-Verbandsklagenrichtlinie stärkt die Rechte von Verbraucher*innen. Ihre Ansprüche sollen einfacher geklärt und durchgesetzt werden können und auch Unternehmen sollen schneller Rechtssicherheit erhalten. Gleichzeitig kann die Justiz von massenhaften Einzelklagen entlastet werden. Klagewellen, wie durch den Diesel-Skandal oder Forderungen wegen überhöhter Kontogebühren durch Banken, können so zukünftig vermieden werden. Wir berieten daher in dieser Woche im Bundestag in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Verbandsklagenrichtlinie, der bis zum 25. Juni 2023 in Kraft treten muss.

EU-weite Rechte von Kraftfahrer*innen durchsetzen

Im EU-Ausland angestellte LKW- oder Busfahrer*innen, die Güter oder Fahrgäste durch oder innerhalb von Deutschland befördern, unterliegen dem sogenannten Entsenderecht. Für sie gelten bestimmte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Die EU hat mit der 2020 in Kraft getretenen Straßenverkehrsrichtlinie Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Arbeitnehmerrechte für entsandte Fahrer*innen besser durchzusetzen.

Konkret ist vorgesehen, eine Meldepflicht für im EU-Ausland ansässige Arbeitgebende einzuführen. Sie sollen digital über das sogenannte Binnenmarkt-Informationssystem registriert werden. Um zu überprüfen, ob die Rechte von Beschäftigten eingehalten werden, müssen Arbeitgeber ihren Fahrer*innen bestimmte Unterlagen zur Verfügung stellen, die diese dem Zoll auf Verlangen vorzulegen haben – darunter Gehaltsnachweise, Arbeitsverträge und Aufzeichnungen des Fahrtenschreibers. Wenn Arbeitgebende gegen diese Vorschriften verstoßen, können Bußgelder verhängt werden. Um die Vollstreckung zu verbessern, soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden.

Um die EU-Vorgaben in deutsches Recht umzusetzen, müssen diverse Gesetze und Verordnungen geändert werden, darunter das Arbeitnehmer*innen-Entsendegesetz. In dieser Woche berieten wir den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur grenzüberschreitenden Durchsetzung des Entsenderechts in 1. Lesung.

Eingeführt wird damit eine neuartige Klageform für Verbandsklagen, die sogenannte Abhilfeklage. Diese wird zusammen mit den bereits etablierten Musterfeststellungsklagen in einem neuen Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz (VDuG) geregelt. Eine Abhilfeklage kann ein Verbraucherverband gegen einen Unternehmer erheben, um Ansprüche von Verbraucher*innen beispielsweise wegen Produktmängeln oder unzulässigen Preisklauseln geltend zu machen. Wird der Abhilfeklage stattgegeben, erhalten die betroffenen Verbraucher*innen den ihnen zustehenden Geldbetrag von einem Sachwalter ausgezahlt, der das Urteil umsetzt.

Eine Abhilfeklage dürfen nur Verbände erheben, die als qualifizierte Verbraucherverbände beim Bundesamt für Justiz registriert sind und bestimmte Anforderungen zum Beispiel hinsichtlich ihrer Finanzierung erfüllen. Auch qualifizierte Einrichtungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten dürfen bei deutschen Gerichten grenzüberschreitende Abhilfeklagen erheben.

Eine Abhilfeklage dürfen nur Verbände erheben, die als qualifizierte Verbraucherverbände beim Bundesamt für Justiz registriert sind und bestimmte Anforderungen zum Beispiel hinsichtlich ihrer Finanzierung erfüllen. Auch qualifizierte Einrichtungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten dürfen bei deutschen Gerichten grenzüberschreitende Abhilfeklagen erheben.

Auch Gewinnerschöpfungsansprüche sollen künftig leichter durchgesetzt werden, damit Unrechtsgewinne aus Streuschäden wirksamer abgeschöpft werden können. Streuschäden sind Schäden in geringer Höhe bei vielen Betroffenen, für die eine Schadensbeseitigung im Wege einer Abhilfeklage oft den Aufwand nicht lohnt, der Unrechtsgewinn in der Summe aber erheblich ist und deshalb nicht beim Unternehmen verbleiben soll.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



»»» Fortsetzung

Passwesen modernisieren

Wir wollen und brauchen einen digitalen Staat, der Bürger*innen das Leben erleichtert und Behördengänge auf ein Minimum reduziert. In dieser Woche berieten wir in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Pass-, des Ausweis- und des ausländerrechtlichen Dokumentenwesens, mit dem Verwaltungsabläufe modernisiert werden und Sicherheit und Integrität der Daten gewährleistet werden sollen.

Das hat viele praktische Auswirkungen: So wird der Datenaustausch zwischen den Pass, Personalausweis- und eID-Karte- (Karte mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis) Behörden nach einem Umzug vereinfacht und Zuständigkeiten klargestellt. Künftig werden beantragte Pässe, Personalausweise, eID-Karten und elektronische Aufenthaltstitel zugeschickt und müssen nicht mehr wie bisher auf dem Bürgeramt abgeholt werden. Schnellere Identitätsfeststellungen werden ermöglicht, was die Arbeit der Sicherheitsbehörden stärkt.

Vorgesehen ist ebenfalls, dass die Funktion des Personalausweises zum elektronischen Identitätsnachweis künftig bereits ab 13 statt wie bisher erst ab 16 Jahren genutzt werden kann. Jugendliche erhalten so eine sichere Möglichkeit, Altersverifikationen auf für sie zugänglichen Plattformen und sozialen Medien durchzuführen. Zum 1. Januar 2024 soll der nur für ein Jahr gültige Kinderreisepass abgeschafft werden. Stattdessen sollen auch für Kinder nur noch die regulären Identitätsdokumente (Personalausweis, Reisepass) genutzt werden, die in diesen Fällen eine Gültigkeitsdauer von sechs Jahren haben.

Um Kindesmissbrauch im Ausland zu verhindern, wird ein neuer Passversagungsgrund für Fälle eingeführt, in denen bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass der Passbewerber oder die Passbewerberin im Ausland bestimmte Sexualstraftaten begehen wird.

Besserer Schutz von Ökosystemen in Deutschland

Biodiversität und Klimaschutz sind ohne intakte Ökosysteme wie Moore, Wälder, Auen oder Grünland nicht zu denken. Sie bieten eine Heimat für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt und dienen zugleich als natürliche Kohlenstoffspeicher.

Im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (diese Woche im Bundestag beraten) haben wir als Koalition deshalb Maßnahmen entwickelt, um den Zustand und die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme in Deutschland zu verbessern. Ein Fokus liegt dabei auf der Klimaschutzleistung (Minderung, Anpassung und Entnahme von klimaschädlichen Treibhausgasemissionen aus der Atmosphäre) von Ökosystemen.

Das Programm umfasst knapp 70 Fördermaßnahmen in zehn Handlungsfeldern: vom Schutz der Meere und Küsten, über Wälder, Wildnis- und Schutzgebiete bis hin zur Forschung und der europäischen und internationalen Zusammenarbeit.

Insgesamt vier Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds will die Bundesregierung bis 2026 ausgeben, um beispielsweise Moore wieder zu vernässen, Auen und Seegraswiesen an den Küsten wiederaufzubauen oder Städte zu begrünen und Flächen zu entsiegeln. Im laufenden Jahr sind Ausgaben in Höhe von 590 Millionen Euro geplant.

KURZ

NOTIERT

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Runde zur GEG-Novelle

Der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie e.V. hatte diese Woche zur politischen Runde eingeladen. Im Fokus: Die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes – und damit die Wärmewende.

Ich war eingeladen, als Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie sowie stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion einen kurzen Input zu geben.



#StopExecutionsInIran

Dieser Donnerstag (27.04.) markiert den 1.000. Tag, an dem der deutsche Staatsbürger Jamshid Sharmahd in Isolationshaft gehalten wird. Jeder einzelne dieser 1.000 Tage ist einer zu viel!

Deshalb war ich als politischer Pate von Seyed Ali Mousavi gemeinsam mit anderen Pat*innen bei einer Kundgebung vor dem Paul-Löbe-Haus – und habe an die Situation der Gefangenen im Iran erinnert und für ihre Freilassung protestiert.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Tag der Erde in Kassel

Der "Tag der Erde" gehört mittlerweile genauso zu Kassel wie der Zissel – vergangenen Sonntag sogar am selben Ort. Gut, dass nach drei Jahren Pause wieder tausende Menschen unterwegs waren, um sich über Nachhaltigkeit, Energie- und Verkehrswende sowie über Klimaschutz zu informieren.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Appelwoi trifft Ahle Wurscht
Bundeskanzler Olaf Scholz, unsere
Bundesinnenministerin und
hessische Spitzenkandidatin Nancy
Faeser, Arbeitsminister Hubertus
Heil, Bundestagspräsidentin
Bärbel Bas sowie viele weitere
Genoss*innen waren beim tradi-
tionellen Apfelweinanstich der
hessischen SPD in Berlin wieder
mit dabei – und natürlich wir hes-
sischen Abgeordneten aus bund
und Land. Es war ein toller Abend,
der auch im Zeichen der in diesem
Jahr anstehenden hessischen
Landtagswahl stand.
(Fotos: Maurice Etoile)



Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de f TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels